

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Heike Sudmann,
Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Angemessene Löhne und Gehälter für Beschäftigte bei Zuwendungs-
empfängern der Stadt**

Die Zahl derjenigen, die in Hamburg von Transferleistungen abhängig sind, steigt kontinuierlich. Dies ist nicht nur die Folge steigender Arbeitslosigkeit aufgrund der Konjunkturkrise, sondern hängt auch damit zusammen, dass in vielen Bereichen zunehmend Löhne unter Tarif gezahlt werden. Die Stadt hat dort, wo sie selbst Arbeitgeberin ist, und dort, wo sie Zuwendungen und Aufträge an Dritte vergibt, eine Vorbildfunktion, angemessene Arbeitsbedingungen herzustellen und angemessene Löhne zu zahlen.

In Hamburg wird eine Vielzahl sozialer Aufgaben im öffentlichen Interesse nicht durch behördliche Einrichtungen, sondern durch Träger verschiedener Art und Organisationsform ausgeführt. Viele dieser Träger finanzieren ihre Arbeit ganz oder teilweise über Zuwendungen vonseiten der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Bürgerschaft möge deshalb beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

darauf hinzuwirken, dass dort, wo staatliche Aufgaben durch Dritte erfüllt werden, die dort Beschäftigten angemessen entlohnt werden; es darf insbesondere keine Unterschreitung von Tarifverträgen und Mindestlöhnen geben.